

Thesen zur Partei der Neuen Linken

1.

In den nächsten Monaten will sich die politische Linke jenseits der Sozialdemokratie auf ein politisch-programmatisches Gründungsdokument und organisatorische Grundstrukturen verständigen, die die Basis einer gemeinsamen Partei der Neuen Linken bilden können.

In Gründungsaufwurf der Neuen Linken heißt es: *»Der Zeitpunkt ist gekommen, die versprengten Kräfte der Linken zu sammeln.«* Die »versprengten Kräfte« müssen freilich nicht nur zusammengerufen werden, sondern sie müssen sich auch noch zusammenschließen. Bisher zeichnet sich eine große Strömungsvielfalt in beiden Parteien – Linkspartei und WASG – ab, aber das Fundament für ein gemeinsames politisches Agieren bleibt eher im Nebulösen. Gehört es aber nicht zu den bekannten Fehlern kapitalismuskritischer Organisationen, dass sie schon bei der Analyse der schlechten Realität so viele Unterschiede aufbauen, dass ein praktisches Zusammengehen zur gemeinsamen Veränderung der Verhältnisse kaum mehr möglich scheint?

Wie schon in den zurückliegenden Jahrzehnten liegen die Hauptdifferenzen auf dem Terrain der Analyse von Kapitalismus und Staat. Alle wollen den Kapitalismus, die Dominanz kapitalistischer Produktion überwinden. Die Grundrichtungen der wirtschaftlichen Entwicklung sollen nicht dem Markt und den privaten Unternehmen überlassen bleiben. Bei der Positionsbestimmung, was denn unter den gegenwärtigen Bedingungen Alternativen zur Steuerung durch Markt und Kapital sind, werden die bekannten Formeln von Verstaatlichung bis Linkskeynesianismus geltend gemacht.

Aus der Linkspartei haben sich viele Aktive mit einem Aufruf zu Wort gemeldet, in dem vor einem vorschnellen Verzicht auf die gute Tradition von Erfahrungen und Konzeptionen der PDS gewarnt und außerdem – mit Blick auf die Erfahrungen im Staatssozialismus – ein Verzicht auf zu große und weitreichende staatliche Eingriffe angemahnt wird.

Antikapitalistische Positionen erwartet ein Großteil der potentiellen Mitglieder von der Partei der Neuen Linken. Aber was heißt Antikapitalismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts und wie können wir Mehrheiten für eine grundlegende Veränderung der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft gewinnen? Im Gründungsaufwurf ist der Vorschlag unterbreitet: *»Die Linke bekennt sich zum demokratischen Sozialismus. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte.«* Weiter unten im Aufruf wird auf Regulierung statt auf Deregulierung gesetzt: *»Schlüsselbereiche der Wirtschaft und der Daseinsvorsorge müssen in öffentliche Eigentumsformen überführt werden und demokratischer Kontrolle unterliegen.«* Aber die Verständigung auf diese Kontrolle und was denn unter demokratischem Sozialismus zu verstehen ist, fällt nach den historischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts äußerst schwer.

Aber auch mit Blick auf die einfacheren Forderungen ist der Diskussionsbedarf unübersehbar: Während im Gründungsaufwurf eine gerechtere Verteilung der Erwerbsarbeit

durch Arbeitszeitverkürzung und öffentliche Beschäftigung gefordert wird, spricht sich eine andere Strömung für die zügige Umsetzung eines bedingungslosen Grundeinkommens aus.

Ein gewichtiges Hindernis im Prozess der Neuerfindung der politischen Linken sind – mehr noch als die Strömungsvielfalt – die konkurrierenden Wahlantritte von WASG und Linkspartei bei den Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Eine große Mehrheit der WASG hat diese Politik der eigenen Landesverbände politisch entschieden abgelehnt. Abgesehen von politisch-persönlichen Eitelkeiten steht im Hintergrund der Konkurrenzkandidaturen: Wie ist unter den gegenwärtigen Bedingungen der gesellschaftliche Widerstand gegen den Neoliberalismus auf kommunaler und Länderebene zu stärken bzw. zu entwickeln? Auch dieses Problem lässt sich angesichts der kurzen Geschichte des gemeinsamen Projektes und der großen politisch-ideologischen Vielfalt nicht eindeutig, verbindlich und abschließend beantworten. Dass die Berliner Linkspartei die Auseinandersetzung über die Resultate ihrer Regierungsbeteiligung nicht offensiv befördert hat, hat wesentlich zur Verhärtung beigetragen. Gescheitert sind die Anstrengungen, die Konkurrenzkandidaturen durch administrative Maßnahmen zu unterbinden. Diese Konflikte sind zwar noch nicht ausgestanden – aber sie müssen das Projekt einer gemeinsamen Linken nicht zerstören.

Wir sind deshalb davon überzeugt, dass wir diese und andere Themen im Vorfeld der Parteigründung nicht »ausdiskutieren« können und müssen. Wir brauchen daher ein Gründungsdokument, das sich auf einen möglichst breiten Konsens stützt und zudem keine der strittigen Fragen für erledigt erklärt. Die Partei der Neuen Linken muss nach der Gründung ihre Verständigung und Auseinandersetzung um Kapitalismusanalyse und Entwicklungstendenzen intensiv fortsetzen.

2.

Was bedeutet die Neuerfindung der politischen Linken in einer neuen politischen Formation? Es geht um eine neuartige Sammlungsbewegung in dem Sinne, dass die verschiedenen Strömungen und Tendenzen der entschiedenen Linken aus den überlieferten Gräben der innerlinken Stellungskriege des 20. Jahrhunderts herauskommen müssen. Der Neuerfindungsprozess der Linken wird in der jetzigen Phase u.a. blockiert durch einen Streit, was denn die wesentlichen programmatischen Forderungen einer Alternative zum Neoliberalismus sind.

Die Grundlage des Erfolges in den Bundestagswahlen 2005 liegt in der Anerkennung des pluralistischen Charakters des Wahlbündnisses. Die Linke hat in großer Zahl und in einer neuen Qualität zusammengearbeitet, anstatt ihre Unterschiede als Ab- und Ausgrenzungsrituale zu kultivieren. Es waren längst nicht alle Fragen und strategische Überlegungen abschließend geklärt, um gegenüber dem neoliberalen Gesellschaftsumbau wirksam Widerstand zu organisieren.

Zu den wirklichen Fortschritten der politischen Linken gehörte aber die Öffnung zu den anderen Akteuren und Strukturen der Zivilgesellschaft. Die neue Linke setzte sich für die vielen sozial Ausgegrenzten und Benachteiligten ein. Sie hat die Sorgen und Nöte

der organisierten Lohnabhängigen aufgegriffen und ihnen eine Stimme in Öffentlichkeit und Parlament verliehen.

Diese Seite unseres gemeinsamen Aufbruches gilt es in Zukunft zu stärken: Politisch-kulturell und vor dem Hintergrund geschichtlich entstandener Gesellschaftskonzeptionen ist die Bündelung der linken Strömungen in einer Parteiorganisation mit einer neuen politischen Kultur ein enormer Fortschritt. Wir können gerade in und mit der organisierten Linken einen Großteil unserer Debatten sinnvoll weiterführen.

3.

Die Unternehmerverbände und die neoliberalen Parteien handeln nach der Richtschnur: Es geht nicht um Verbesserungen für die Lohnabhängigen oder die Arbeitslosen: *»Für die deutschen Arbeitnehmer vollzieht sich gerade ein Paradigmenwechsel. Jahrelang ging es um kürzere Arbeitszeiten, höhere Einkünfte, längeren Urlaub, Frühverrentung und andere Verbesserungen. Jetzt geht es in die andere Richtung ... Hier sind die Gewerkschaften gefordert, sich konstruktiv einzubringen und sich zu modernisieren.«* (DIHK-Präsident Braun).

Gewerkschaften, die an der Ausgestaltung dieses Paradigmenwechsel mitwirken, verlieren nicht nur Mitglieder, sondern Würde und politisches Profil.

Die Neue Linke ist im Parlament, um den gesellschaftlichen Widerstand gegen den neoliberalen Gesellschaftsumbau auch dort sichtbar zu machen. Durch das Wahlergebnis sind zwar Kahlschlagoperationen verhindert worden, aber die große Koalition hindert das nicht an weitere Operationen zur Unterminierung des Systems sozialer Sicherheit. Durch die Erhöhung der Sozialbeiträge und der Mehrwertsteuer werden den BundesbürgerInnen rund 32 Mrd. Euro mehr abgeknöpft und doch zugleich die Leistungen der Alterssicherung, des Gesundheitssystems und für die Beschäftigungslosen weiter verschlechtert.

Zurecht rufen die großen Gewerkschaften, der DGB, Sozialverbände und viele globalisierungskritische Organisationen am 21. Oktober zu einer großen Protestbewegung auf. Schwerpunkte der Kritik sind:

- Rente mit 67 (schrittweise Erhöhung der Regelaltersgrenze, Einführung eines Nachholfaktors);
- Gesundheitsreform (Gesundheits-Fonds, Zusatzbeiträge der Versicherten, Wahltarife/Änderungen beim Leistungskatalog, Schwächung der Selbstverwaltung);
- Verschärfung der Hartz-Gesetzgebung;
- Unternehmenssteuerreform (jährliche Nettoentlastung von Kapitalgesellschaften um fünf bis acht Milliarden Euro).

Die Gesetzgebungspläne der Großen Koalition sind im Detail noch nicht bekannt. Bereits jetzt ist aber absehbar, dass es insgesamt um zusätzliche Leistungseinschnitte im Sozialbereich und um stärkere Belastungen der Lohnabhängigen geht. Hinzu kommen,

insbesondere bei der Gesundheitsreform, Maßnahmen, die einen grundlegenden Systemwechsel – weg vom Solidarsystem – verfestigen.

4.

Ein großer Teil der Bevölkerung will sich nicht mit dem Abbau sozialer Rechte und der Zerstörung sozialen Eigentums (Krankenversicherung, Alterssicherung, öffentliche Versorgung) abfinden und hält aufgrund tief verwurzelter sozialstaatlicher Normen an der Erwartung einer sozialen Regulierung des Kapitalismus auch für das 21. Jahrhundert fest. Diese Normen sind keineswegs auf die untere Hälfte der sozialen Pyramide beschränkt; auch beträchtliche Teile der Mittelschichten haben sie übernommen. Diese Sozialstaats- und Gerechtigkeitsvorstellungen haben sich als überaus stabil erwiesen. Sie stehen als stiller Konsens der Bevölkerung in einem beinahe grotesken Gegensatz zum öffentlichen Diskurs.

Die BürgerInnen haben in der Mehrheit keinerlei Illusionen über die Agenda-Politik. Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe hat die gesellschaftlichen Aufwendungen für die Massenarbeitslosigkeit gesenkt; die negativen Verteilungswirkungen dieses Systemwechsels (Hartz IV) sind – von den massiven Persönlichkeitsverletzungen abgesehen – beträchtlich. Außerdem

- wurde das Rentenniveau für künftige Bezieher deutlich abgesenkt.
- haben die Unternehmen über die Modernisierung im Gesundheitsbereich 10 Milliarden Euro an Aufwendungen sparen können. Die paritätische Finanzierung des Gesundheitssystems ist faktisch aufgehoben.

Gegen die Rückkehr von Arbeitslosigkeit und Verarmung hat dieses neoliberale Grundrezept nicht geholfen. Mehr noch: die soziale Demokratie wird beschädigt. Wer den Sozialstaat abschaffen will, zerstört auch die Demokratie.

Die neoliberale Hegemonie wird brüchig: Ein krasser Ausdruck dieser Entwicklung ist die Forderung des Ministerpräsidenten von NRW, Rüttgers, die Union müsse sich endlich von der Lebenslüge verabschieden, dass Steuersenkungen zu mehr Investitionen und höheren Wirtschaftswachstum führen.

5.

Konsens scheint uns auch, dass in der internationalen Politik »das friedliche Zusammenleben der Völker« im Mittelpunkt zu stehen hat. Im Gründungsauftrag fordert die Neue Linke, »dass Außenpolitik Friedenspolitik ist und eine präventive Politik zur Konfliktvermeidung.« Die Linke »verurteilt imperialistische Kriege um Absatzmärkte und Rohstoffe und verteidigt das Recht der Völker, selbst über die Nutzung ihrer Reichtümer verfügen zu können. Sie besteht auf der Einhaltung des Völkerrechts und des Atomwaffensperrvertrages.«

Wesentlich schwieriger wird es, wenn außenpolitische Konflikte, wie jetzt bei den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und Libanon bzw. der Hisbollah, auch

für die Linke eine Positionsfindung erfordern. Unseres Erachtens verbietet sich die Parteinnahme zugunsten der einen oder anderen Seite. Schuldzuweisungen zementierten stets »eine Opferkonkurrenz«, deren Logik gerade durchbrochen werden muss. Auch in der israelischen Gesellschaft ist eine Auseinandersetzung eröffnet, die bisherige Positionen in Frage stellt: Israel ist mit seiner Politik, den BürgerInnen in Palästina und im Libanon durch Unterminierung der Lebensgrundlagen seine Zielvorstellung aufzuzwingen, gescheitert.

»Präventive Politik zur Konfliktvermeidung« heißt für uns im konkreten Fall: Soll im Nahen Osten eine andere Entwicklung durch Sicherheitspartnerschaften und Kooperation eingeleitet werden, dann müssen die verschiedenen politischen Gebilde auch wirtschaftlich lebensfähig werden.

Die durch eine UNO-Resolution umgesetzte Forderung nach einem Waffenstillstand ist wichtig; wichtiger ist jedoch, ob dadurch auch die Bedingungen für eine Rekonstruktion der Ökonomie und des zivilgesellschaftlichen Lebens eröffnet werden. Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass Israel mit seiner bisherigen Politik bricht, durch die Zerstörung der Lebenswelt und der willkürlichen Ausschaltung von Vertretungsorganen (Verhaftung von Repräsentanten etc.) jeden eigenständigen Ansatz einer Existenzsicherung zu erschweren und sich entsprechend in den arabischen Anrainerstaaten und im Iran eine Politik durchsetzt, die das grundsätzliche Existenzrecht Israels nicht mehr in Frage stellt.

6.

Das Projekt einer neuen Linkspartei zielt auf ein soziales Bündnis zwischen Ausgegrenzten, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Noch-Beschäftigten. Die neue Linkspartei muss sich als Teil des gesellschaftlichen Widerstands gegen den neoliberalen Gesellschaftsumbau verstehen. Im Ergebnis einer politischen Auseinandersetzung könnte ein Beitrag zur Aufhebung eines Defizits in der politischen Repräsentation geleistet werden. Die Entwicklung einer wählbaren Alternative ist ein wichtiger Schritt für die Formierung eines breiten gesellschaftlichen Blocks gegen die destruktive Politik der neoliberalen Allianz der etablierten Parteien.

Wir sind gefordert den Widerstand gegen den neoliberalen Gesellschaftsumbau durch Alternativen zu verdeutlichen. Es geht um Regulierung, Ausweitung des öffentlichen Sektors und öffentlicher Investitionen und um Wirtschaftsdemokratie. Gerade wenn man in allen Formen der Arbeitszeitverkürzung und dem Ausbau öffentlicher Dienste den zentralen Hebel für die Zurückdrängung sozialer Spaltung und Ungleichheit sieht, gerade dann muss man für längere Übergangszeiten eine tragfähige, nichtrepressive Konzeption der sozialen Grundsicherung vertreten. Neue Linke – das kann nur ein politisches Bündnis von BürgerInnen aus höchst verschiedenen Arbeits- und Lebensverhältnissen heißen. Mit diesen Stichworten ist ein Terrain abgesteckt, auf dem sich der Kern einer Programmatik der modernen Linkspartei entwickeln lässt. Es kann eine Verständigung auf ein knappes programmatisches Dokument angestrebt werden. Die grundlegenden Fragen über Kapitalismus-, Staatsanalyse etc. können in der nachfolgenden Debatte weiter bewegt werden.